

Informationen zur Datenverarbeitung ordnungsbehördliche Bestattung

(Stand: 18.07.2024)

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DS-GVO) zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Organisationseinheit	<i>Ordnungsbehördlicher Vollzug – 3213</i>
Telefon:	0331 / 289 – 1951
Fax:	0331 / 289 – 84 – 1951
E-Mail:	<i>Allg.Ordnungsangelegenheiten@rathaus.potsdam.de</i>

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Telefon:	0331 / 289 - 1087
Fax:	0331 / 289 - 841087
E-Mail:	datenschutz@rathaus.potsdam.de

3. Datenverarbeitung

Die Datenerhebung erfolgt beim Betroffenen. Die Art der zu verarbeitenden personenbezogenen Daten ergibt sich aus:

- Adresse, Geburtsdaten, Kontaktdaten, Verwandtschaftsgrad

oder

- Die Datenerhebung erfolgte bei einem Dritten. Es werden die folgenden personenbezogenen Datenarten/Datenkategorien verarbeitet:
- *Name, Vorname*
 - *Anschrift*
 - *Kontaktdaten (Telefon, Email, Fax)*
 - *Geburtstag/-ort*
 - *Sterbetag/-ort*
 - *Tag und Ort der Eheschließung*
 - *Verwandtschaftsgrad*

Nur im Falle der Datenerhebung bei einem Dritten:

Die Daten stammen aus der folgenden Quelle:

- Meldebehörden
- Standesämter
- Archive
- Betreuungsbehörden
- Landesmelderegister
- Betreuer
- Amtsgerichte
- Bestatter
- Krankenhaus
- Wohn-/Pflegeheime
- Pflegedienste
- Bekannte

Die Quelle ist öffentlich zugänglich: ja nein

4. Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Die Daten werden ausschließlich für folgende Zwecke verarbeitet:

Die Grundlage zur Verarbeitung der Daten erfolgt auf der Grundlage des Artikel 6 Absatz 1 Punkt 3 DSGVO aus rechtlicher Verpflichtung gemäß § 20 Absatz 2 Brandenburgisches Bestattungsgesetz (BbgBestG) und dient dem Zwecke der Ermittlung von bestattungspflichtigen Angehörigen nach § 20 Absatz 1 BbgBestG in der derzeit gültigen Fassung.

Sollten keine bestattungspflichtigen Personen vorhanden sein, dann wird die Ermittlung auf potentielle Erben gemäß §§ 1924 ff Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) auf Grundlage des Artikel 6 Absatz 1 DSGVO zur Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse erweitert, da diese nach § 1960 BGB zur Tragung der Beerdigungskosten verpflichtet sind.

Zweck der Verarbeitung ist die Aufforderung der Verpflichteten zur Bestattung, sowie die Rückforderung der verauslagten Kosten für eine Bestattung im Rahmen der Ersatzvornahme.

Die angefragten Stellen sind gemäß § 36 Absatz 3 Satz 3 BbgBestG zur Auskunft verpflichtet.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet

- keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.
- eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt, Art. 22 DS-GVO.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

- innerhalb des Verantwortlichen:

Die Weiterleitung der personenbezogenen Daten erfolgt an alle Mitarbeiter/innen des zuständigen Sachgebietes, sowie an die jeweilige Haushaltsabteilung und ggf. an die Vollstreckung und Bußgeldstelle.

- Auftragsverarbeiter - vertraglich gebundenes Bestattungsunternehmen

- Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):

- *Meldebehörden, Standesämter, Archive, Amtsgerichte*
- *Versicherungen, Geldinstitute*
- *Botschaften, Konsulate, Auswärtiges Amt*
- *Bevollmächtigte*

- Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation:

- *Botschaften, Konsulate*

7. Dauer der Speicherung

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von 10 Jahren nach Abschluss des Verwaltungsvorganges.

8. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung: ein jederzeitiges Widerrufsrecht in der Form der zulässigen Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)

(Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.);

- Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);

- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);

- Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);

- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft

(Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.);

- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)

(Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.);

- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde ist zu richten an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon:	033203 / 356 - 0
Fax:	033203 / 356 - 49
E-Mail:	poststelle@lda.brandenburg.de